

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den



Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Sohobau

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Vierteljährl. 6.50 M., monatl. 2.20 M., durch die Post vierteljährl. 6.60 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Ausland, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Boten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 50 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 60 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingeladene die Zeile 120 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Telefon Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinheunersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 94

Bad Schandau, Freitag, den 23. April 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Aus San Remo verlautet, daß die Entente Deutschland eine Frist von drei Monaten zur Räumung des Ruhrreviers geben wird.
- * Die Berliner Polizei hat festgestellt, daß Klapp Berlin erst am 11. April im Flugzeug verlassen hat.
- * Söll wird zunächst noch nicht ausgeliefert, weil er sich vor einem sächsischen Gericht wegen des Widerstandes bei seiner Verhaftung verantworten soll.
- * Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei, die an Stelle des Parteitag die Wahlakt und das Wahlprogramm endgültig festlegen soll, wird voraussichtlich am 5. und 6. Mai stattfinden.
- * Der schon länger angekündigte Generallstreik in Elsaß-Lothringen hat jetzt begonnen.
- * Der 10. Internationale Sozialisten- und Arbeiterkongress tritt am 31. Juli in Genf zusammen.
- * Poincaré beschuldigt in einem Artikel England der Schuld am Ausbruch des Weltkrieges.

Das Ende der sächsischen Koalitionsregierung.

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat in der gestrigen Sitzung der Sächsischen Volkskammer sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Nach der vorläufigen Verfassung muß mit dem Ministerpräsidenten die gesamte Regierung zurücktreten. In den letzten Tagen war nach den politischen Vorgängen mit dem Verschwinden der gegenwärtigen sächsischen Regierung zu rechnen. Von demokratischer Seite wird angegeben, daß sich Dr. Gradnauer durch den Ausgang der Hölz-Affäre und durch Angriffe aus den Reihen der Demokratischen Partei zum Rücktritt veranlaßt gesehen hat. Diese Angaben stellen die Tatsachen glatt auf den Kopf. Der Rücktritt Dr. Gradnauers ist lediglich die Folge einer Palastrevolution in seiner eigenen, d. h. in der mehrheitssozialdemokratischen Partei. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die radikale, die sogenannte Chemnitzer Richtung, die auf alle Fälle ein Zusammengehen mit den Unabhängigen und eine gemeinsame Regierungsbildung unter Ausschaltung der Bürgerlichen herbeiführen wollte, in der mehrheitssozialdemokratischen Partei längst die Oberhand gewonnen habe.

In unterrichteten Kreisen besteht kein Zweifel darüber, daß auf der am Sonntag in Meißner beginnenden Landeskonferenz der mehrheitssozialdemokratischen Partei der für die Regierung Gradnauer-Uhlitz eintretende Flügel Fräßdorf-Sindermann von den radikalen, unter Führung von Felsch-Chemnitz stehenden an die Wand gedrückt werden wird. In der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion hat dieser radikale Flügel ebenfalls auch die überwiegende Mehrheit, wie aus einer am Mittwoch abgehaltenen Fraktionsitzung hervorging, die eine Kommission zu dem in Ostrau (nicht in Schandau, wie verschiedene Blätter meldeten) sich zur Erholung aufhaltenden Ministerpräsidenten entsandte und ihn ersuchen ließ, noch vor der Landeskonferenz sein Rücktrittsgesuch einzureichen, um freie Bahn für eine rein sozialistische Regierung zu schaffen.

Die Hölz-Affäre, für deren blamablen Ausgang nicht nur Dr. Gradnauer, sondern das Gesamtministerium ohne Ausnahme verantwortlich zu machen ist, hat mit dem, von den eigenen Parteigenossen Gradnauers erzwungenen Rücktritt, nicht das Geringste zu tun. Beweggrund für diejenigen, die Gradnauer zu Fall brachten, ist lediglich das Bestreben, mit Hilfe einer rein sozialistischen Regierung und der augenblicklich noch vorhandenen, aus Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen bestehenden Volkskammermehrheit, noch vor den Volkskammer-Neuwahlen möglichst weitgehende Sozialisierungsmaßnahmen durchzubringen und auch die Verfassung im sozialistischen Sinne zu gestalten.

Stücklen Ministerpräsident?

In der Volkskammer wurde am Donnerstag auf Grund von Mitteilungen sozialdemokratischer Abgeordneter das Mitglied der Nationalversammlung Stücklen (früher Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Mittweida) als Kandidat für den Posten des sächsischen Ministerpräsidenten genannt.

„Mit rückwirkender Kraft.“

Ein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns: Ein in früheren Jahren eine Erhöhung von Preisen oder Gebühren vorgenommen, so war besonders bei den letzteren die Öffentlichkeit erstaunt, um nicht zu sagen geärgert, wenn nicht zwischen dem Beschluß und dem Inkrafttreten ein Zeitraum von mindestens einigen Monaten lag. Seit dem Kriege, besonders aber seit der Revolution haben sich die Zeiten gewaltig geändert. Preis- und Gebührenerhöhungen folgen einander im raschesten Zeitmaße. Seit etwa 1 1/2 Jahren macht sich vor allem noch eine andere Erscheinung geltend, die überdies weit über das hier geschilderte Gebiet hinausgegriffen hat: die Forderung solcher Erhöhungen, vor allem aber auch Lohn- und Gehaltserhöhungen um längere Zeit rückwirkend zu machen. Tritt eine Gruppe von Arbeitnehmern heute, sagen wir im November, in Tarifverhandlungen ein, so erscheint nicht selten unter ihren Forderungen der Punkt, daß das erhöhte Gehalt für die Zeit vom 1. Juli (oder einem andern Tage) nachzuzahlen sei. Und nimmt eine Fabrikantenvereinigung Preisserhöhungen vor, so ist es geradezu eine Ausnahme, wenn eine, sagen wir Ende Januar beschlossene Preisserhöhung nur für die Januar-Lieferung gilt und man nicht noch um Nachforderungen für das Vierteljahr vom Oktober bis Dezember an die Abnehmer herantritt.

Beinahe sieht es so aus, als fände keiner der Betreffenden etwas Absonderliches oder Widerwärtiges an diesem Vorgehen. Schon die Tatsache aber, daß gleichzeitig mit dieser Neuschöpfung die Klagen über die Unverlässigkeit des deutschen Kaufmanns und Industriellen im Ausland und Inlande sich mehren, sowie die fernere Tatsache, daß gerade seit Beginn dieser Art der Preisbewegung eine kaum zu übertreffende Unsicherheit in unser wirtschaftliches Leben hineingekommen ist, sollte staunig machen. Tatsächlich handelt es sich ja auch um ein Vorgehen, das weder logisch zu begründen ist, noch sich mit dem vereinbaren läßt, worin man früher mit Recht das Wesen des ehrbaren Kaufmanns sah. Und Kaufmann in diesem Sinne ist ja letzten Endes nicht nur der handelsgerichtlich eingetragene Gewerbetreibende, der Bücher führt, sondern ebenso der Angestellte und Arbeiter, der mit seinen Kenntnissen und seiner Arbeitskraft Handel treibt, und der kleine Handwerker und Krämer, dem das Gesetz den Titel Kaufmann nicht zugestht.

Man mache sich doch einmal klar, was diese Forderung der Rückwirkung bedeutet. Nehmen wir zunächst ein Beispiel aus dem Großgewerbe: wenn etwa Ende März eine Vereinigung von Tuchherstellern ihre Preise um 40 % erhöht und gleich zu selbiger Zeit Preisserhöhung müßte für alle Lieferungen seit Mitte Januar nachgezahlt werden, so heißt das doch nichts anderes, als daß z. B. der Schneider eigentlich gezahlt wäre, an den Kunden, für den er zu Anfang Februar aus dem damals bezogenen Stoff einen Anzug hergestellt hat, was ja heute fast stets gegen sofortige Zahlung oder gar gegen Vorauszahlung geschieht, noch eine neue Rechnung zu schicken, die um schätungsweise ein Viertel des ursprünglich bezahlten Betrages auskommen würde. Es bedarf nicht der Betonung, daß der Käufer dieses Anzuges wohl höchst erstaunt sein und die Forderung einfach ablehnen würde. Nun tut aber eine Arbeitergruppe das gleiche, meinetwegen die Schneidergesellen. Es liegt auf der Hand, daß sich dadurch die Berechnungsgrundlage für den Schneidermeister nachträglich ganz ebenso tiefgreifend verändert, und daß er eigentlich mit einer eben solchen Nachforderung, wie vorher geschildert, hervortreten müßte, denn das ist das Bedeutsame bei den Wirkungen gerade solcher Forderungen: der Fabrikant und wohl auch der sogenannte Großhändler wird in den meisten Fällen in der Lage sein, die so geforderten Beträge in irgend einer Form von seinen Abnehmern sich vergüten zu lassen. Das ist aber mit seltenen Ausnahmen bei der letzten in Betracht kommenden Stelle, dem einzelnen Kaufmann und dem Handwerker eben nicht der Fall. Er steht sozusagen zwischen Baum und Vorke. Den Nachforderungen seiner Lieferer kann er sich nicht entziehen, denn er läßt sonst Gefahr, daß man ihm die Lieferung sperrt; er selbst aber ist kaum je in der Lage, Nachforderungen zu stellen und wird also durch dieses ganze Unwesen zu einer „Kalkulation“ erzogen, die solche Zufälligkeiten von vornherein in Rechnung stellt, also: die Preise unnütz verteuert.

Der letzte Grund dieses als unanständig zu bezeichnenden Verhaltens weiterer Kreise ist natürlich wie stets das Machtverhältnis und das Gefühl der Unentbehrlichkeit, denn es gibt keine unorganisierte Unterbietungen mehr beim Arbeiter und Angestellten.

Das Heilmittel gegen die Nachforderungen des Fabrikanten liegt in den Verhältnissen selbst. Es kündigt sich bereits jetzt ein Wandel im Preisgebäude an, das mit diesen geschilderten Auswirkungen sicherlich aufräumen wird. Mit dem Arbeiter und Angestellten liegt die Sache etwas anders. Man kann angesichts der noch immer wachsenden Steuerung seine Forderungen noch nicht einmal von vornherein als unberechtigt abtun, aber er soll sich doch klar machen, daß

er nicht nur Erzeuger ist, sondern in mindestens ebenso hohem Maße Verbraucher, und als solcher von den üblen Folgen der Nachforderungsmanier aufs schwerste betroffen wird. So werden andere Bedingungen auch erfüllt sein müssen, ehe wir zu günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen kommen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist zweifellos, daß die Forderungen nach rückwirkender Kraft von Lohn- und Preisserhöhungen wieder dorthin gestellt werden, wo sie hingehören: in das Museum kaufmännischer Preisunmäßigkeit.

Noch eine Belastung der Zeitungen.

Die neuen Postgebühren.

Den ohnehin schwer gefährdeten Zeitungsbetrieben soll durch die geplante Postgebührenordnung die Lebensmöglichkeit noch mehr eingeengt werden. Nach den bisher geltenden Postbestimmungen war es jedem, der die Zeitung durch die Post bezog, freigestellt, je nach Belieben sich seine Zeitung vom Postamt abzuholen oder sie sich durch den Postboten ins Haus bringen zu lassen. Die Zeitung wurde ins Haus gebracht, so mußte er dafür ein Bestellgeld zahlen. Jetzt verlangt nun die Post, daß der gesamte Gebührensbeitrag, ganz gleich, ob der Besteller seine Zeitung abholt oder nicht, vom Verleger bezahlt wird. Die Post faßiert also das ganze Abonnementgeld ein und fügt die gesamte Zustellungsgebühr von dem Betrage, den der Verleger erhält. Die Zeitung und nicht der Empfänger hat also nicht nur die Kosten der Lieferung an die Post am Verlagsorte des Abonnenten zu zahlen, sondern auch die Vergütung für den Weg des Postboten vom Postamt in die Wohnung des Bezahlers, und zwar ganz gleich, ob der Abonnent sich die Zeitung selbst mit seinen Briefen und sonstigen Poststücken vom Postamt abholt oder abholen läßt. Die Erleichterung, die für die Post darin lag, daß ein Teil, insbesondere der ländlichen Abonnenten, sich seine Poststücken selbst holte und dadurch der Post Arbeit ersparte, wird nun in Zukunft selbstverständlich auch in Fortfall kommen; denn wenn die Zustellung den Abonnenten nichts kostet, wird er sich hüten, den Weg zur Post selbst zu machen. Es ist unbedingt notwendig, daß diese drückende Bestimmung noch Abänderung erfährt.

Deutsche Nationalversammlung.

(168. Sitzung.)

OB. Berlin, 22. April.

Die Fälle gesetgeberischen Stoffes, die noch zu erledigen sind, soll in einigen Tagen hemältigt werden. Die parlamentarische Maschine arbeitet daher jetzt mit Vollkraft. Unter den geschäftlichen Mitteilungen, mit denen die heutige Sitzung eröffnet wurde, befand sich die Erwähnung eines Gesetzes des Reichsministers des Innern um Genehmigung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Marekoff von der deutschen Volkspartei wegen der Beschuldigung seiner Beteiligung an dem hochverräterischen Kapp-Unternehmen. Der Antrag wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, dem man sich hierauf zuwandte, bestand in einem Antrag des Wohnungs- und Bauausschusses auf Errichtung von Bergmannswohnungen. Nach einigen Auseinandersetzungen wurde beschlossen, die Wohnungsfürsorge auch auf den Kaliberbau auszuweiten, und die Mittel aus den Auslandsüberweisungen zu nehmen. Das Gesetz über Maßnahmen zu dem Wohnungsmangel wurde dem Wohnungs- und Bauausschuß überwiesen. Darauf begann die zweite Lesung des

Reichswahlgesetzes.

Der Verfassungsausschuß hat die abgeänderte Regierungsvorlage einstimmig angenommen. Danach wird auf 60 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter entfallen. Die Wahlkreise decken sich im allgemeinen mit den bisherigen. Diejenigen Wahlkreise, die geographisch oder geschichtlich zusammengehören, sind zu Wahlkreisverbänden zusammengefaßt. Innerhalb eines Wahlverbandes können Vor schläge für verbundene erklärt werden, sofern sie sich derselben Reichswahlkreise zurechnen. Überzählige Stimmen aus den Wahlkreisen werden bei Listenverbindung im Wahlkreisverband derjenigen Liste zugerechnet, die die meisten überzähligen Stimmen hat. Alle weiteren Rechte gehen auf die Reichsliste. Hat eine Liste innerhalb eines Wahlkreisverbandes in keinem Wahlkreis 30 000 Stimmen erzielt, so kann dieser Liste auch infolge der Listenverbindung kein örtlicher Abgeordneter zugerechnet werden. Die Stimmen gehen vielmehr auf die Reichsliste. Auf Grund der Reichsliste aber dürfen keine Gruppen mehr Sitze erhalten, als sie insgesamt in den einzelnen Wahlkreisen erhalten hat. Dadurch wird verhindert, daß kleine Gruppen, die nirgends im Reich über eine größere Zahl von Anhängern verfügen, in den Reichstag kommen.

Der Reichsminister des Innern noch begründete die Vorlage mit kurzen Worten. Ich hoffe, bemerkte er, daß der Wahlkampf nicht vergittet wird mit der Behauptung, die Koalitionsparteien hätten verübt, durch Wahlchiebungen sich an der Macht zu erhalten. Der einstimmige Beschluß des Wahlausschusses macht diese Behauptung zunichte. Alle Mängel des Verhältniswahlsystems sind durch den neuen Entwurf nicht beseitigt. Zimmerhüt hat dieses System große Vorzüge vor der Mehrheitswahl. Es ist angeregt worden, die Zahl der Reichstagsabgeordneten zu vermindern. Tatsächlich ist aber der Deutsche Reichstag einer der kleinsten Parlamente der Welt. Leider sind die ernsten Gefahren, die ein früher

Wahltermin für unsere Volksabstimmung hat, nicht hinreichend gerührt worden. Das Getöse des Wahlkampfes kann die nationale Einheitsfront in den Abstimmungsgebieten fördern, wir hoffen aber, daß das laute Gefemmis zum Deutlichkeit in jenen Gebieten nicht durch den Wahlkampf leiden werde. Ich will die Wahlen leiten, aber nicht machen.

Die Aussprache.

Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) erklärte: Man hat sich in früheren Zeiten oft geschämt, ein Deutscher zu sein, wenn man gesehen hat, mit welchen niederträchtigen Mitteln von den wirtschaftlich stärkeren Stimmern getrieben wurde. Der Geheultwurf strebt eine Beseitigung dieser Mängel an, die bei der letzten Wahl in die Erscheinung getreten sind. Wenn nicht alle Mängel beseitigt sind, so trägt die Kürze der Zeit hieran die Schuld. Die Verantwortung hierfür trifft die Parteien, die durch wüste Wahlagitatorien die Lebensdauer der Nationalversammlung verkürzt haben. Jedenfalls kann sich der vorliegende Geheultwurf in allen Kulturländern leben lassen.

Der Abg. Brodau (Dem.) erklärte ebenfalls sein Einverständnis seiner Partei mit der Fassung des Ausschusses. Der folgende Redner war der Abg. Eichhorn (N. Soz.), der gleichfalls dem Entwurf zustimmte. Dann sprach der Abg. Dietrich (Deutschnat. Vp.), der seine Partei gegen den Vorwurf verwahrte, daß sie die Wahlen bis zum Herbst habe hinauschieben wollen. Abg. Kempkes (Deutsche Vp.) war gleichfalls mit der Vorlage einverstanden. Abg. Waldstein (Dem.) wandte sich gegen die vom Abg. Dietrich abgegebene Erklärung, indem er die Vorgänge im Ausschuss eingehend schilderte.

Nachdem noch der Abg. Dr. Fleischer (Ztr.) die Zustimmung seiner Partei erklärt hatte und der Abg. Dietrich (Deutschnat. Vp.) auf die Erklärung des Abg. Waldstein eingegangen war, wurde § 1 der Vorlage angenommen. Bei § 2 kam es zu einer längeren Auseinandersetzung.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Welt.

Die nachfolgende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische oder österreichische Kronen, schweizer und französische Frank und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gekauft.)

| Börsenplätze | 22. 4. | | 21. 4. | | Stand 1. 8. 14 |
|---------------------|---------|---------|---------|---------|----------------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief | |
| Holland . . Gulden | 2232,75 | 2237,25 | 2237,75 | 2242,25 | 170 Mk. |
| Dänemark . . Kronen | 1049,- | 1051,- | 1049,- | 1051,- | 112 " |
| Schweiz | 1083,75 | 1086,25 | 1083,75 | 1086,25 | 80 " |
| Amerika | 60,52 | 60,72 | 62,02 | 60,22 | 4,40 " |
| England | 237,75 | 238,25 | 231,25 | 239,75 | 20,20 " |
| Frankreich | 364,60 | 365,40 | 369,60 | 370,40 | 80 " |
| Italien | 269,70 | 270,30 | 259,70 | 270,30 | 80 " |
| Österreich | 28,72 | 28,78 | 28,47 | 28,53 | 85 " |

Berliner Produktenverkehr. Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 22. April: Hafer für 1000 Kilogramm auf Abladung 3240—3200 Mark ab Station, London: Hafer.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 360—415 Mark, gelbe und grüne Erbsen 220—315 Mark, Bohnen, weiße inländische — Mark, Beluschen 145—150 Mark, Lupinen 75—84 Mark, Seradelle 68—75 Mark, Wiesenerbsen, lufe, 40—42 Mark, Erbsen, drabgepreßt 22—24 Mark, gebündelt 19—21 Mark, Trockenbohnen 70—73 Mark, Patent Steffen 100—104 Mark.

Für eine halbe Milliarde Lebensmittel aus Holland. Die Besprechungen bezüglich eines Vorstufes von 25 Millionen Gulden an Deutschland sind abgeschlossen. Die Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens ist nunmehr nur noch eine Formalfrage. Jetzt wird bekannt, daß sehr erhebliche Vorräte an Fleisch und Speck in Rotterdam an die deutsche Regierung verkauft worden sind. Der Wert wird auf mehrere Dutzend Millionen geschätzt. Der gesamte von Holland für Deutschland gewährte Kredit beträgt über vier Milliarden Mark.

Bessere Kartoffelversorgung. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen über die Kartoffelversorgung im nächsten Jahre, die bereits seit geraumer Zeit der Deutsche Städteverband, die landwirtschaftlichen Organe und der Kartoffelhandel geführt haben, zu einem gewissen Abschluss gelangt. Landwirtschaft und Handel wollen es übernehmen, eine Kartoffelmengung, die größer ist als die von der bisherigen Kartoffelwirtschaft wirklich erfasste Menge, im Wege einer Aufbringung zur Versorgung der Verbraucher sicherzustellen, während für die übrige Ernte freie Wirtschaft Platz greifen soll. Die Grundlage der Sicherstellung soll ein System von verschiedenen Verträgen bilden, dessen Träger die ländlichen Hauptgenossenschaften und der organisierte Kaufhandel sein und das so ausgestaltet werden soll, daß auch eine wirkliche Sicherheit für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen begründet ist. Der Vorstand des Deutschen Städteverbandes hat in seiner letzten Sitzung dem Plan grundsätzlich zugestimmt. Die weiteren entscheidenden Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium werden in allernächster Zeit vor sich gehen.

Der Kampf um die Versicherungsgrenze. Wie verlautet, besteht in der Nationalversammlung die Absicht, den bereits zur Verordnung erhobenen Beschluß des Volkswirtschaftsausschusses auf Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 20 000 Mark wieder umzustößen und im Plenum die Herabsetzung auf 12 000 Mark, entsprechend der ursprünglichen Regierungsvorlage wieder zu beantragen. Die Regierung müßte dann alsbald eine dementsprechende neue Vorlage einbringen, die dann noch bis Ende April Gesetzeskraft bekommen könnte.

Englische Kredite für Deutschland. Wie neuerdings aus London gemeldet wird, soll auch Deutschland an dem Kredit von 26 Millionen Pfund Sterling, den das Unterhaus bewilligt hat, teilnehmen können. Es soll Garantie geleistet werden für deutsche Einkäufe in England in Rohmaterialien und fertigen Erzeugnissen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Aufgaben der Sicherheitspolizei. Der preussische Minister des Innern hat an die Sicherheitspolizei Preußens nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrrevier einen Begründungserlaß gerichtet, in dem es u. a. heißt: Wenn überhaupt noch Hoffnung auf eine bessere Zukunft bleiben soll, dann ist es notwendig, daß unser armes zermartertes Volk erst einmal zur Ruhe kommt. Hierfür und für die Sicherheit jedes einzelnen Staatsbürgers zu sorgen, ist Aufgabe der Sicherheitspolizei. Dieser vaterländischen Aufgabe kann nur eine Beamtenschaft gerecht werden, die unerschütterlich hinter der durch den Volkswillen verfassungsmäßig eingeführten

Regierung steht. Die Einreihung in den Staatshaushalt werde ich entschieden betreiben.

Günstige Aussichten in Oberschlesien. In einer polnischen Vertrauensmännerversammlung wurde festgestellt, daß von 2239 Abstimmungsbezirken nur 945 eine Mehrheit für den Anschluß an Polen bringen würden, während in mehr als 1900 Abstimmungsbezirken eine sichere Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland sei. Auch Korfanty gab ohne weiteres zu, daß die Lage für die Polen bei der Abstimmung nicht günstig sei. Er trat sogar für eine gewisse Autonomie Oberschlesiens ein, obgleich der Anschluß an Polen erstrebenswert sei.

Deutsche als englische Offizierburschen? Im englischen Unterhaus fragte ein Mitglied, ob es Tatsache sei, daß einige englische Regimenter im Rheinland so geringe Befände hätten, daß deutsche Zivilisten Kompagnien aufgestellt würden, um als Offizierburschen, Schreiber usw. zu dienen. Churchill erwiderte, er habe Bericht eingefordert.

Drei deutsche Noten an die Entente. Aus San Remo wird gemeldet, daß die deutsche Abordnung der Friedenskonferenz drei Noten überreicht habe. 1. Die Antwort der deutschen Regierung auf das Verlangen, die Einwohnerwehr aufzulösen. 2. Über die Höhe der Truppenzahl in der neutralen Zone, und die Regierung bittet darin die Entente, künftighin nicht mehr die Anzahl der Bataillone, sondern die genaue Zahl der Truppen zu bestimmen. Sie bittet auch darum, daß die Artillerie zahlreicher als jetzt festgesetzt werde. 3. Die deutsche Regierung fordert, daß die Reichswehr auf das Doppelte des zugelegten Bestandes, also auf 200 000 Mann gebracht werde. Sie stützt sich dabei auf die Unmöglichkeit der Aufgabe, anders die Ordnung aufrechtzuerhalten und weist auf die Unmöglichkeit hin, die Armee zu entwarfen. Sie ersucht ferner, den Großen Generalstab behalten und die Artillerie, die Luftschiffahrt und die Eisenbahnkompagnien vergrößern zu dürfen.

Das Ruhrgebiet noch nicht geräumt. Die Entente-Kommission, die das Ruhrgebiet besucht hat, erklärt in ihrem Bericht, daß die deutschen Truppen das Gebiet noch nicht geräumt hätten und auch noch nicht daran dächten, dort wegzuziehen. Wohl hätten Truppenverschiebungen stattgefunden, worüber Nachrichten verbreitet wurden, als seien die Reichswehrtruppen abgezogen. Die Kommission habe besonders festzustellen versucht, wo sich die großen Kriegsmaterialbestände befänden, doch seien nirgends in den Depots große Mengen dieses Materials angetroffen worden. Man nehme an, daß das Material versteckt gehalten werde, damit es nicht an die Entente zur Ablieferung komme. Die Kommission empfiehlt, daß die unmittelbare Auslieferung des Materials bei der deutschen Regierung bringend gefordert werde.

Die „unbegründeten“ Beschwerden der Oberschlesier! Der Rat der Alliierten in Paris hat in einer neuen Sitzung seine obereschlesische Plebiszitkommission in ihrer rechtswidrigen Haltung bekräftigt. Er gibt bekannt, daß die gegen die Tätigkeit der Interalliierten Kommission und gegen die Haltung der französischen Militärbehörden in Oberschlesien gerichteten Beschwerden einstimmig für unbegründet erklärt worden seien.

Verstärkte Grenzüberwachung. Der neu geschaffene Posten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr wird demnächst besetzt werden. Es besteht die Absicht, den bisherigen Reichskommissar für die Fischversorgung, v. Klügge, mit dieser Stelle zu betrauen. Die Aufgabe des Reichsbeauftragten soll es vornehmlich sein, die „Löcher“ im Westen, Osten, Süden und Norden zu stopfen.

Mehrheitssozialisten und Unabhängige. In einer Funktionärskonferenz der Berliner Sozialdemokratischen Partei forderte der Hauptredner Dr. Koelz die Befestigung der jetzigen Koalition sowie Schaffung einer Arbeitermehrheit und einer reinen Arbeiterregierung, welchen Forderungen die Versammlung zustimmte. Eine zum Schluß angenommene Entschließung fordert eine radikale Politik, die Demokratisierung der Verwaltung und die scharfe Wahlparole im Zusammenhang mit den Unabhängigen.

Belgiens Eroberungsdrang. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die belgische Regierung, im Kreise Monchau noch einen weiteren Schutzbereich östlich der Bahn für sich in Anspruch zu nehmen. Nach belgischen Blättermeldungen sollen die Ortschaften Nögen und Cammerdorf noch belagert werden. Der Kammerbezirk der Handelskammer Stolberg ist an der Frage dieses Schutzbereichs im besonderen Maße interessiert und richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, gegen eine derartige Vergewaltigung deutscher Interessen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln anzukämpfen.

Frankreich.

Poincaré gibt England die Schuld am Kriegsausbruch. Der frühere Präsident Poincaré hat während der letzten Wochen Artikel veröffentlicht, um jede Schuld am Ausbruch des Krieges von Frankreich, also auch von sich selbst abzuwälzen. In seinem letzten Artikel, der im „Matin“ erschienen ist, beging er die Unvorsichtigkeit, gegen die englische Regierung vom Juli 1914 den Vorwurf zu erheben, daß sie durch eine energische Vorstellung in Berlin den Krieg vielleicht hätte verhindern können. Diese Intervention sei jedoch ausgeblieben.

Amerika.

Loslösung der Vereinigten Staaten vom Versailler Vertrag. Nach in Washington ausgegebenen Erklärungen wird die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten noch in dieser Woche eine Entschließung einbringen, durch die Amerika sich vom Versailler Vertrag und von den europäischen Angelegenheiten los sagt. Man fordert nur das Recht der meistbegünstigten Nation im Handel mit Deutschland und die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme deutscher Werte. Im übrigen wolle man aber auch aus der Wiederanmachungskommission ausscheiden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Major v. Gilsa, der ständige Begleiter Moskés, ist aus dem Stabe des Reichswehrministers ausgeschieden und bis zu anderweitiger Verwendung in der Reichswehr beurlaubt worden.

Hamburg. Die Bürgerchaft beschloß die Einholung eines Rechtsgutachtens des Reichsgerichts darüber, ob Hamburg nach der Reichsverfassung verpflichtet sei, schon jetzt den Religionsunterricht wieder einzuführen und damit die Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats aufzuheben.

Hamburg. Die elf meistbegünstigten Mitglieder der Unabhängigen Sozialistischen Fraktion der Bürgerchaft haben dem Vorstand der Bürgerchaft ihren Rücktritt angezeigt.

Basel. Man will bestimmt wissen, daß Kaiser Karl sich in der vorigen Woche mehrere Tage heimlich als Gast des Gouverneurs in dem früheren königlichen Schloß in Budapest aufgehalten habe, um über die Thronansprüche für seinen Sohn Otto zu verhandeln.

Genf. Nach Pariser Berichten soll Griechenland von der Konferenz in San Remo die ganze europäische Türkei außer Konstantinopel zugesprochen erhalten.

Amsterdam. Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wurde im englischen Unterhaus die Anfrage an die Regierung gerichtet, ob es wahr sei, daß Nord Irland allein oder mit der ganzen Regierung von Irland zurückgetreten sei. Es erfolgte keine Antwort.

London. Wie englische Blätter melden, wurde im Unterhaus auf eine Anfrage von der Regierung bestätigt, daß in Genua bereits zwei Schiffe aus Odessa mit Erzeugnissen aus Sowjetrußland eingetroffen sind.

Nah und Fern.

Unser „Geld“. Das Reichsfinanzministerium gibt eine Übersicht derprägungen von Reichsmünzen heraus, die in den deutschen Münzstätten bis Ende März hergestellt wurden. Danach sind bisher herausgebracht worden: Aus Eisen für 46660207,20 Mk. Fünfpennigstücke, für 22050484,10 Mk. Zehn-pennigstücke, außerdem für 48209532,70 Mk. Zehn-pennigstücke aus Zink; aus Kupfer für 9198225,56 Mk. Zweipennigstücke und für 15904390,52 Mk. Einpennigstücke; aus Aluminium für 16319757,50 Mk. Fünfpennigstücke und für 507249,50 Mk. Einpennigstücke. Und trotzdem Kleingeldnot!

Schiebungen bei der Reichsverwertungsstelle. Die Berliner Kriminalpolizei bedauert in der früheren Reichsverwertungsstelle, die jetzt Reichsreuehandels-gesellschaft heißt, Unterschlagungen von Autovollgummireifen auf. Der Betriebsleiter Schmidt, ein Chauffeur und mehrere Händler, die gemeinsam für 150 000 Mark Vollgummireifen entwendet und verschoben hatten, sind verhaftet worden. Die Reifen konnten im letzten Augenblick noch zur Stelle geschafft werden.

Die Unsicherheit im besetzten Gebiet nimmt täglich zu, und zwar besonders durch desertierende Soldaten der Besatzungsarmee, die direkt auf Raub und Plünderung angewiesen sind. In fünf bisher bekannt gewordenen Fällen sind in der Wiesbadener Gegend Personen auf öffentlichen Wegen überfallen worden. Höchstwahrscheinlich handelt es sich in allen Fällen um dieselben Täter, nämlich von ihrem Truppenteil desertierte französische Soldaten.

Ende des Berliner Metallereifreies. In sieben großen Versammlungen stimmten die Arbeitnehmer im Gastwirts-gewerbe über die Vorschläge der Streikleitung ab. Wie vorausgesehen war, wurde nach mehrstündigen Debatten mit großer Mehrheit beschlossen, die Arbeit Freitag früh wieder aufzunehmen.

Ein neuer Verbrechertit. Auf eine außergewöhnliche Weise wurde dieser Tage in Berlin ein Einbruchversuch eingeleitet. In der Wohnung eines Kaufmanns erschienen während der Abwesenheit des Besitzers vier Reichsträger und teilten der Gattin des Kaufmanns mit, sie hätten den Auftrag, die Leiche ihres Mannes abzuholen. Tatsächlich stand auch vor der Haustür der Leichwagen bereit. Blöcklich lehrte jedoch der Kaufmann frisch und gesund von einem Geschäftsgange zurück. Jedenfalls hatten unbekannte Verbrecher versucht, auf diesem ungewöhnlichen Wege die Frau aus der Wohnung zu locken, um diese dann ungestört ausplündern zu können.

Dichter-schicksal. Das Amtsgericht Würzburg hat über den Nachlaß des von den Engländern während des Krieges zurückgehaltenen und in Indien verstorbenen hervorragenden Lyrikers Max Danthenden das Konkursverfahren eröffnet.

Die Danziger Staatsangehörigkeit. Da Zweifel über die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der in Danzig heimatreuechtigten, die im Auslande leben, herrschen, hat das deutsche Auslandsinstitut die Frage an zuständiger Stelle zur Klärung vorgelegt. Der jetzt erteilten Antwort zufolge sind die in Danzig nur heimatreuechtigten nicht Danziger Staatsangehörige geworden. Wie dem deutschen Auslandsinstitut auf Anfrage ferner mitgeteilt worden ist, haben die für die Entgegennahme der Optionsanträge zuständigen Behörden bisher nicht bestimmt werden können.

Rückgang der Eisenbahndiebstähle. In der Zahl der Eisenbahndiebstähle ist seit der schärferen Überwachung der Eisenbahnstrecken und der Güter- sowie Gepäckabfertigungen ein erheblicher Rückgang eingetreten. Im Dezember v. J. betrug im Direktionsbezirk Berlin die Zahl der festgestellten Diebstähle 4079. Im Monat März 1920 dagegen belief sich die Zahl der Diebstähle auf 3315. Die Ermittlungen der Überwachungsabteilung der Eisenbahndirektion führten in 322 Fällen zur Festnahme der Täter, von denen 209 im Dienste der Eisenbahn standen.

Vom Neffen ermordet. In einem Hause, der im Berliner Westen gelegenen Gleditschstraße wurde der 58jährige Hausbesitzer und Kaufmann Eitner ermordet und beraubt aufgefunden. Als der Täter wurde der stellunglose Neffe des Ermordeten Hans Günther Goede festgenommen.

Rechtsanwalt Brederick verhaftet. Der ehemalige Berliner Rechtsanwalt Brederick, der in den Tagen der Kappdiktatur eine Rolle gespielt hat, ist in Geltow bei Potsdam, wo er sich unter dem Namen Karl Schuldig aufhielt, entdeckt und verhaftet worden. Brederick ist vor mehreren Jahren nach Südamerika geflüchtet, um sich der Verfolgung wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu entziehen. Während des Krieges tauchte er wieder in Deutschland auf.

Einbruch in ein Mausoleum. Einbrecher haben der welfischen Familiengruft zu Schloß Herrenhausen in Hannover einen Besuch abgestattet und das goldene und silberne Altargerät gestohlen.

Aus der Schachwelt. An dem internationalen Schachturnier in dem Badeort Welbes in Krain, das am 15. Juni beginnen soll, werden die Schachmeister Lasker, Capablanca, Rubinstein, Reichmann, Duras, Tarrasch, Spielmann und Mieses teilnehmen. Ein internationaler Schachkongress soll auch in Gölleborn stattfinden.

Bermischtes.

Senegaleser im Frankfurter Goethehaus! Im Pariser „Populaire“ schreibt Georges Bouché: „Die Senegaleser haben in Frankfurt das Geburtshaus Goethes besetzt. Bis zum heutigen Tage warke ich vergeblich, daß ein Mitglied der Partei der Intelligenz gegen diese unnütze Besetzung oder vielmehr gegen die Herausforderung, die ebenso verächtlich wie lächerlich ist, protestiert. Ich erwarte, daß sich die Partei der Intelligenz vereinigen wird, um zu fragen: Wer ist dieser Kretin, ob Hauptmann, Major, Oberst, General oder Marschall, der es für gut befunden hat, im Goethehaus Schwarz zu einzulogieren? Schwarz, die besonders hervorragend in dem Mut sind, alles zu vernichten; die sich dadurch auszeichnen, daß sie Seuchen verbreiten. Wer ist der Bösewicht, der Spatzvogel, der Sabotage la Clemenceau oder, noch besser, der „Tropf“, der sich bemüht

Aus Stadt und Land.

Werkblatt für den 21. April.

Sonnenaufgang 4¹⁰ || Mondaufgang 9²⁸ B.
Sonnenuntergang 7¹² || Monduntergang 12²⁶ B.
1819 Niederdeutscher Dichter Klaus Groth geb. — 1877
Kriegserklärung Russlands an die Türkei. — 1891 Generalfeld-
marschall Helmuth v. Moltke gest. — 1917 Luftschiffkapitän Dietrich
Klimenthal gest. — 1919 König Nikolaus von Montenegro wird
von der südslawischen Nationalversammlung abgesetzt.

Wettervorhersage.

Nordwestwind, meist trüb, keine wesentliche Temperaturänderung,
zeitweise Niederschläge.

**Fahrpreismäßigung für Frühjahrbestell- und
Erntearbeiter.** Auf einen Antrag der Landwirtschaftskammer
in Hannover hat sich der Minister der öffentlichen Arbeiten
bereits erklärt, auch in diesem Jahre zur Förderung der
Frühjahrbestellung und der Erntearbeiter die gleiche Fahr-
preismäßigung wie bisher eintreten zu lassen. Demgemäß
wird auf den preussisch-hessischen Staatsbahnen Arbeitern,
denen zur Frühjahrbestellung und zur Einbringung der
Ernte eine auswärtige Arbeitsstelle durch einen öffentlichen
oder gemeinnützigen Arbeitsnachweis oder durch die deutsche
Arbeiterzentrale in Berlin vermittelt worden ist, die ein-
malige Fahrt nach der Arbeitsstelle und zurück während der
Zeit bis zum 15. Dezember d. J. in der vierten Wagen-
klasse zum halben Fahrpreis gewährt werden. Die Er-
mäßigung ist bei den Fahrkartenausgaben unter Vorlage
eines von den Arbeitsnachweisen für die Hin- und Rückfahrt
besonders auszustellenden Ausweises zu beantragen.

Postgeheimnis gegen Steuerbehörden. Die Unver-
letzbarkeit des Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungs-
gegenüber den Steuerbehörden wird von der Reichsabgaben-
ordnung vom 13. Dezember 1919 ausdrücklich anerkannt.
Das Reichspostministerium macht jetzt ebenfalls die Beamten
seines Bereichs darauf aufmerksam, daß die Finanzämter
von den Postdienststellen und deren Beamten Auskunft über
Einkünfte in Bühren, Verhandlungen, Listen und Urkunden
nur insoweit verlangen können, als dies die Strafprozeß-
ordnung für Strafsachen verlangt und nicht das Post-,
Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungsgeheimnis entgegensteht. Dies
gilt auch für die Postämter. Diesen hat die Reichs-
abgabenordnung aber insofern eine Sonderstellung gegenüber
den anderen Postdienststellen angewiesen, als ihnen die
Pflicht auferlegt worden ist, Kundenverzeichnisse einzureichen.
Es besteht auch keine Verpflichtung der Postdienststellen,
Steuerzuwiderhandlungen mitzuteilen, die sie dienstlich er-
fahren haben, soweit die Mitteilung eine Verletzung des
Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungsgeheimnisses
würde.

—* Eine sozialdemokratische Aktion gegen die Amts-
blätter. Die Fraktion der Mehrheitssozialdemokraten hat
in der Volkskammer folgenden Antrag eingebracht: Die
Volkskammer wolle beschließen: 1. Die Regierung zu er-
suchen, daß die jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen
über die Ernennung von Zeitungen zu Amtsblättern aufge-
hoben werden; 2. die Bezirks- und Kreisämter aufzu-
fordern, Vorschläge für die Ernennung solcher Amtsblätter
zu machen, die zweifelsfrei auf dem Boden der demo-
kratischen Verfassung stehen.

Mittelndorf. Das am 1. Osterfeiertag vom Gesang-
verein Liedertafel zur Errichtung eines Gedenksteins für
gefallene Krieger veranstaltete Konzert, bestehend in Männer-
chören, gemischten Gesängen, humoristischen Darbietungen
und Gesampfeilen, hat einen vollen Erfolg gebracht und
Anklang gefunden. Auf allgemeinen Wunsch soll das
Programm voraussichtlich am 1. Mai im Gasthof zu Lohs-
dorf wiederholt werden.

Mittelndorf. Der am Montag niedergegangene
wolkenbruchartige Regen mit Hagelwetter hat an Straßen
und Feldern gewaltigen Schaden angerichtet. Am Fuße
des Mühlbergs an der Kirnitzschalstraße hat das Wasser
vom Berge gewaltige Geröll- und Erdmassen auf die Straße
geschwemmt, die Gleise der Straßenbahn verschüttend. Auf
den meistens frischgeackerten Feldern konnte die lockere
Erde den Wassermassen nicht widerstehen und wurde über
die Abhänge zum Teil bis zur Kirnitzschalstraße gespült.
Wochenlange mühsame Arbeit der Landwirte, die insolge
der fruchtbarsten Witterung der letzten Zeit zu den besten
Hoffnungen berechtigten, ist in wenigen Minuten vernichtet
worden. Die kaum aufgegangene Gerste und der Hafer
sind fortgerissen oder fortgeschwemmt. Die Felder müssen
neu bepflanzt werden. Zum Glück waren noch nicht viel
Kartoffeln gelegt, sonst blieben diese Felder bei der Knapp-
heit der Knollen unbepflanzt. Hoffentlich bleiben wir ferner-
hin in diesem Jahr von derartigen Unwettern verschont.

Pirna. Im Stadterordnetenkollegium Pirna wurde
beantragt, die Verbindung der Stadt mit dem Dresdner
Straßenbahnnetz anzustreben, um bei der herrschenden
Wohnungsnot und den hohen Eisenbahnfahrpreisen den
Arbeitern das Fahren nach entfernteren Arbeitsstätten zu er-
leichtern. Zunächst sollen die Vorarbeiten schleunigst in
Angriff genommen werden. Die dazu vorgebrachten Vor-
schläge fanden allgemeine Billigung.

Oberpöyritz. Beim Wirtschaftsbesitzer Otto Jentsch
brach dieser Tage Feuer aus. Stall und Scheune brannten
bis auf die Mauern nieder, das Wohnhaus konnte gerettet
werden. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Kirschau. Töblich verunglückt ist in der Maschinen-
fabrik von C. August Wagner der verheiratete Zimmermann
Lammer. Beim Auflegen eines Treibriemens geriet er in
das Getriebe, wobei ihm Arme und Beine ausgerissen
wurden.

Dresden. Der sozialdemokratische Verein Dresden-N.
hat für die Reichstagswahl Sindermann und für die Volks-
kammerwahl Fräßdorf und Arzt aufgestellt. Die Unab-
hängige Sozialdemokratische Partei Groß-Dresden hat für
die Reichstagswahlen folgende acht Kandidaten aufgestellt:
Weckel, Ristau, Fleißner, Ebel, Jacob, Horn, Müller und
Schimmel. — In einer großen Versammlung protestierten
gestern die Dresdner ausständigen Bankangestellten gegen
die Besetzung der Banken durch Militär mit Maschinen-
gewehren. Die Regierung wurde wegen ihrer vorgefertigten
Erklärung und der neuen Maßnahmen scharf angegriffen.
Alle Redner mahnten zur Ruhe und forderten die Zurück-
nahme der militärischen Besetzungen der Bankgebäude.
Aus der Versammlung wurde eine Abordnung zum Mini-

sterium geschickt, die in diesem Sinne dort vorstellig werden
sollte. Das Ministerium hat daraufhin gestern mittag die
Zurücknahme des Militärs aus den Bankgebäuden ange-
ordnet.

Dresden. Ein trauriges Bild von der Zunahme der
Geschlechtskrankheiten gibt ein Bericht der Dresdner Sitten-
polizei. Von 1233 im Jahre 1919 wegen schieferlichen
Umherstreifens und Gewerbsunmündigkeit aufgegriffenen jungen
Mädchen wurden 487 geschlechtskrank befunden, was gegen-
über 1918 eine Steigerung von 25 auf 35% bedeutet.

Freiberg. In der Abfallwasserstation des Nitroglyzerin-
gebäudes der Dynamitfabrik im benachbarten Silbersdorf
erfolgte eine schwere Explosion, die 2 Menschenleben forderte.

Zwickau. Ein 21 Jahre alter Bahnarbeiter aus Nieder-
planitz hat eine Ladung Kohlen im Werte von 12000 M.,
die nach Rbln bestimmt war, nach Glauchau zu leiten ver-
standen. Dort sollten die Kohlen durch einen Geschäfts-
gehilfen, einen Fuhrwerksbesitzer und einen Schankwirt
unter Vorlegung eines von dem Bahnarbeiter gefälschten
Frachtbriefes entladen und weiter verschoben werden. Die
Sache wurde aber noch rechtzeitig entdeckt, und alle vier
wurden festgenommen.

Waldenburg. Im Waldenburger Forstrevier wurde
ein 17 jähriger Fabrikarbeiter aus Remse erhängt aufgefunden.

Oberplanitz. Das neunjährige Mädchen der Familie
Rothemann hier erlitt beim Hantieren mit dem Spiritus-
kocher durch Explosion deselben so erhebliche Brandwunden,
daß es bald darauf verstarb.

Leipzig. Zwischen Brauereien und Gastwirten ist hier
ein Konflikt ausgebrochen, der wahrscheinlich zur Folge
haben wird, daß in einigen Tagen Leipzig ohne Bier sein
wird. Die Wirte wollen nämlich auf keinen Fall den
neuen vom Deutschen Brauerverband beschlossenen 100 pro-
zentigen Bierpreisaufschlag anerkennen, weil dieser eine
derartige Erhöhung der Ausschankpreise zur Folge haben
würde, daß dadurch das Gastwirts-gewerbe ungemein ge-
schädigt würde. Einstweilen ist deshalb von einer allgemeinen
Wirteversammlung beschlossen worden, den Bierbezug von
den Brauereien ganz einzustellen, und zwar solange, bis
sich der Brauerverein zu Verhandlungen bereit erklärt hat.
(Zur Nachahmung empfohlen!)

Leipzig. Infolge neuer Lohnforderungen der Leipziger
Straßenbahner und des zu erwartenden Fehlbetrages soll
der Fahrpreis für Einzelsahrt auf 60 Pfg., für Umsteige-
fahrt auf 80 Pfg. heraufgesetzt werden.

Ämtlicher Teil.

Es sind fällig gewesen und sofort, spätestens aber bis zum
28. d. S. Mts.

an unsere Stadtsteuereinnahme, Rathaus, I. Obergeschöß,
Zimmer Nr. 2 während der geordneten Kassenzett zu bezahlen:
Die Staatsinkommensteuer für den 3. Termin 1919,
die Ergänzungssteuer für den 3. Termin 1919,
die Brandkassenbeiträge für den 1. Termin 1920.
Gegen Säumlige wird das Mahn- bzw. Zwangsbe-
treibungsverfahren eingeleitet werden.
Wegen des Kleingeldmangels wird ersucht, die im
Steuerzettel angegebenen Beträge abgezählt mitzubringen.
Schandau, am 22. April 1920. Der Stadtrat.

Erhebung von Kurtaxe betr.

Der nachstehende II. Nachtrag zu den „Neuen
Bestimmungen über die Erhebung von Kurtaxe in
der Badestadt Schandau“ vom 10. Mai 1917 wird
hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis ge-
bracht, daß dieser II. Nachtrag sofort in Kraft tritt.

II. Nachtrag

zu den
„Neuen Bestimmungen über die Erhebung von Kurtaxe
in der Badestadt Schandau“
vom 10. Mai 1917.

Im § 1 in der Fassung des I. Nachtrags vom 28. Juni
1919 werden die Bestimmungen von den Worten an: „Die
Kurtaxebühr beträgt“ bis zum Schlusse von Absatz C durch
die nachstehenden Vorschriften ersetzt:

Die Kurtaxebühr beträgt:

- A.
Bei einem Aufenthalte von mehr als 3 Tagen bis zu
1 Woche (7 Tage)
1. für jede einzelfestehende Person M. 10.—
2. für Familien, die in häusl. Gemeinschaft zusammenleben
a) für den Familienvorstand M. 10.—
b) für jedes weitere erwachsene Familien-
mitglied je M. 6.—
c) für Kinder von 6—14 Jahren und für
Dienstboten je M. 3.—
B.
Bei einem Aufenthalte von mehr als 3 Tagen bis zu
14 Tagen (2 Wochen)
1. für jede einzelfestehende Person M. 20.—
2. für Familien, die in häusl. Gemeinschaft zusammenleben
a) für den Familienvorstand M. 20.—
b) für jedes weitere erwachsene Familien-
mitglied je M. 12.—
c) für Kinder von 6—14 Jahren und für
Dienstboten je M. 5.—
C.
Bei einem Aufenthalte von mehr als 14 Tagen (über
2 Wochen)
1. für jede einzelfestehende Person M. 30.—
2. für Familien, die in häusl. Gemeinschaft zusammenleben
a) für den Familienvorstand M. 30.—
b) für jedes weitere erwachsene Familien-
mitglied je M. 15.—
c) für Kinder von 6—14 Jahren und für
Dienstboten je M. 6.—
Schandau, am 23. April 1920.
(L. S.) Der Stadtrat.

hat, Frankreich in seiner Vergangenheit, in seinem Ruf zu
entehren? Man darf neugierig sein, ob „der Tropf, der
Sadist à la Clemenceau“ usw. den Mut haben wird, sich
freiwillig zu melden. Im übrigen ist auch Beethovens
Geburtsort in Bonn von französischen Soldaten besetzt
worden.

„Lieben Sie Ihren Mann noch?“ In der National-
versammlung ist von Frau Dr. Baum folgende „kleine An-
frage“ gestellt worden: „Von einem deutschen Wehrmann,
der vor dem Kriege in der Schweiz lebte, aber die Erlaubnis
zur Rückkehr bisher noch nicht erhalten hat, erfahren wir
folgendes: „Anlässlich der Prüfung meines zur Einreise-
genehmigung eingereichten Gesuchs sind an meine Ehefrau
von der Fremdenpolizei in Zürich folgende Fragen gestellt
worden: 1. Wollen Sie Ihren Mann noch? 2. Hat Ihr
Mann seine Pflicht erfüllt? 3. War er Ernährer Ihrer
Kinder? 4. Sind Sie immer gut ausgekommen? 5. Haben
Sie nie in Streit gelebt? 6. Lieben Sie Ihren Mann noch?
Als meine Frau ihre Entrüstung äußerte, wurde ihr er-
widert, sie solle sich nicht aufregen, da noch mehrere solcher
Fälle zu erledigen seien.“ Es hat den Anschein, als ob alle
Wehrmannsfrauen, die aus der Schweiz gebürtig sind, solche
Fragen zu beantworten haben. Was gedenkt die Reichs-
regierung gegen diesen unqualifizierbaren Eingriff in die
persönlichen Verhältnisse deutscher Staatsbürger zu tun?
Man sollte die Schweizer Polizeibehörde als Ehefriedensstörer
dem Völkerbund zur Aburteilung übergeben!

Guten Appetit. Eine Dienstmagd in Budapest ent-
wendete ihrem Dienstgeber Wertpapiere für 15000 Kronen,
verkaufte diese für 500 Kronen und verzehrte diesen Betrag an
einem einzigen Tage. Sie nahm zum Frühstück 9 Portionen
Kaffee, 13 Stück Kuchen; zum Mittagessen 12 Portionen
Gulasch, 3 Stück Kuchen; nachmittags 3 Kaffees, 6 Stück
Kuchen; zum Abendessen 2 Portionen Gulasch, 1 Stück Kuchen.
Wir wundern uns weniger über die Gelage des Dienst-
mädchens, als über die Billigkeit der Preise in Ungarn.
Für 500 Kronen (zurzeit etwa 150 M.) 12 Portionen Kaffee,
14 Portionen Gulasch und 23 Stück Kuchen. — Gefegnetes
Land!

Hölzerne Urkunden. Im bernischen Juristenverein
hielt Professor Dr. Gmür einen Vortrag über das Rechts-
leben der schweizerischen Bergbauern; er erörterte dabei das
Vorkommen und die Verwendung von Hausmarken und
hölzernen Urkunden. Hausmarken als eine Art Schriftzeichen
fanden besonders zum Anzeichnen von Holzstämmen, von
Gebäuden, Geräten usw. Verwendung und bildeten den
Schriftsatz zur Klundbarmachung des Eigentums. Sie sind
noch jetzt in gewissen Berggegenden (in Graubünden, im
Tessin, in Grindelwald, Simmental, Haslital) im Gebrauch.
Von den Hausmarken unterscheiden sich die Wehrmarken oder
Wehrzeichen, die man zum Auszeichnen des Viehes durch
Brand, Tätowieren oder Schneiden benutzte. Figurenmarken
waren mehr zur Kennzeichnung von Ziegen und Schafen
üblich. Über die zahlreichen Arten von Marken wurden
eigentliche Marken- oder Ziviltandsregister geführt. Hölzerne
Urkunden gab es schon im grauen Altertum. Ihr Ursprung
geht noch hinter die Entstehung des römischen Alphabets
zurück. In unserem papiernen Zeitalter ist ihre Benutzung
aber äußerst selten geworden. Die hölzernen Urkunden sind
am besten unter dem Namen von Kerbhölzern bekannt.

Der erste weibliche Soldat in Deutschland. Mehr-
fach ist berichtet worden, daß in einigen der am Weltkrieg
beteiligten Länder auch Frauen an der Seite der Männer
in den Kampf gezogen seien. Im Anschluß daran sei an
den ersten deutschen Soldaten aus dem schöneren Geschlecht
erinnert. Es war dies Maximiliane v. Veitshorst, die Tochter
des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern. Maximiliane
wurde von ihrer Mutter vernachlässigt und von ihrem Vater
wenig beachtet. Sie wuchs ohne jede Aufsicht her, ging stets
in Knabenkleidern, nannte sich Maximilian Baron Veitshorst
und nahm schließlich unter diesem Namen Bagendienste bei
Baron Halden, dem Würzburgischen Gesandten am Regens-
burger Hofe. Später ging sie nach Wien und wurde dort
Soldat. Sieben Jahre lang diente sie als Kadett im
Infanterieregiment Franz von Lothringen in verschiedenen
Garnisonen Ungarns. Sie bekam ihren Abschied als Leut-
nant mit Pension auf Lebenszeit. Den Rest ihrer Tage ver-
brachte sie in Wien, wo sie 1748 starb.

Sächsische Volkskammer.

X Dresden, 22. April. Auf der Tagesordnung steht zuerst
die Bewilligung einer Notstandsunterstützung zur Beschaffung von
Hafersaatgut für die ergebirgische und vogtländische Landwirtschaft.
Die Regierung hat für diesen Zweck 1 Million Mark zur Verfügung
gestellt und ersucht die Volkskammer um nachdrückliche Genehmigung.
Bewilligt werden rund 6000 Zentner Saatgut. Nach zustimmenden
Erklärungen der Parteien geht die Vorlage an den Finanzausschuß A.
Darauf folgt Beratung über den Antrag Arzt und Genossen auf
vorübergehenden Eintritt der Regierungen der Bundesstaaten in still-
stehende Betriebe, der an den Rechtsausschuß verwiesen wird. So-
dann verliest Präsident Fräßdorf die

Rücktrittserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer.

Daraus ergibt sich folgendes: Nach Riffer 14 des vorläufigen
sächsischen Staatsgrundgesetzes hat sich nach dem Rücktritt des
Ministerpräsidenten das Gesamtministerium neu zu bilden. Es ha-
bin führen die bisherigen Minister die Geschäfte weiter. Bis hin-
nimmere Sache der Fraktionen sein, sich über die Wahl des Minister-
präsidenten zu verständigen, und ich bitte, das so bald als möglich
zu tun. Ich werde dann sofort eine Sitzung ansetzen mit der Tages-
ordnung: „Wahl des Ministerpräsidenten“ und hoffe, daß das am
Dienstag, den 4. Mai, geschehen kann.

Bericht des Wehrkreiscommandos IV über die Lage in Süd-Westfalen am 22. April 1920.

Die Aufforderung zur freiwilligen Abgabe der unrecht-
mäßig verteilten Waffen hatte im Gebiet von Meerane,
Crimmitschau, Werdau nur sehr geringes Ergebnis. Die
dort eingeleiteten militärischen Maßnahmen werden daher
weiter durchgeführt. An zwei Stellen wurden Posten der
Reichswehr angegriffen, sonst ist es zu Zwischenfällen bisher
nicht gekommen. Zur Aufklärung der Bevölkerung über
den Zweck des militärischen Eingreifens wurden erneut
Bekanntmachungen verteilt.

Aus dem Gerichtssaal

§ Weil er die Zuschauer nicht begeistert hat. Das franzö-
sische Militärpolizeigericht in Frankfurt a. M. verurteilte den
Polizeiwachmeister Schäfer zu drei Monaten Gefängnis und
500 Mark Geldstrafe. Er war beschuldigt, beim Einzug der
Belger am 14. April gegen Zirkhäuser, die abfällige Aus-
sagen über die belgischen Truppen gemacht hatten, nicht
eingeklinkt zu sein.

Kurkarten betr.

Auch in diesem Jahre sollen wieder für die hiesige Einwohnerchaft, sowie für diejenige der unmittelbar benachbarten Gemeinden Kurkarten ausgestellt werden, die für die ganze Dauer der Kurzeit gültig sind.

Die Preise betragen:

- a) bei **Schandauer Einwohnern**
für eine einzelne Person 10 M.
" " Familie (ohne Begrenzung der Zahl der wirtschaftlich nicht selbständigen Familienmitglieder) 15 "
- b) bei **Bewohnern der Nachbargemeinden**
für eine einzelne Person 15 M.
" " Familie (ohne Begrenzung der Zahl der wirtschaftlich nicht selbständigen Familienmitglieder) 25 "

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung des unterzeichneten Stadtrats vom 15. Mai 1919 „Kurkarten betr.“ mit dem Bemerkten verwiesen, daß Nichtinhaber einer solchen Kurkarte, also auch diejenige hiesigen Einwohner, die keine Kurkarte lösen, beziehentlich beim Eintritt vorweisen, für den Besuch der Abend-Kurkonzerte und der von der städtischen Badeverwaltung veranstalteten **Tanzabende besondere Eintrittskarten zu lösen haben**, die bei den Abend-Kurkonzerten 50 Pfg., bei den Tanzabenden 7 M. 50 Pfg. für die Person — ausschließlich der zu entrichtenden Eintrittskarten- und Tanzsteuer — kosten.

Schandau, am 23. April 1920. Der Stadtrat.

Sonnabend, den 24. April:

Nährmittel — auf Nährmittelkarte vom 14. 3. bis 10. 4. A, B, C, D = Karte, Abschnitt II und III zusammen 1/2 Pfund Haferflocken, Preis M. 4.40 das Pfund.

Die neuen Nährmittelkarten sind bei den Kaufleuten bis Montag anzumelden, die Kundenlisten sind bis Mittwoch unaufgefordert an Ratskasselle einzureichen.

Schandau, am 23. April 1920. Der Stadtrat.

Wir haben noch eine kleine Menge **Saatkartoffeln** abzugeben.

Diejenigen Personen, die noch solche Kartoffeln brauchen, wollen sich nächsten Montag, vormittags 9 bis 12 Uhr auf dem Rathause melden.

Schandau, am 23. April 1920. Der Stadtrat.

Kohlen betr.

Zwecks Feststellung des Kohlenbedarfs werden die hiesigen Kleingewerbetreibenden, Gast- und Schankwirte usw. hierdurch ersucht, morgen

Sonnabend, den 24. d. Mts., vormittags von 9 bis 12 Uhr

im **Wachzimmer des Rathauses** über die Zahl und Größe der Räume, Werkstätten nähere Angaben zu machen.

Schandau, am 23. April 1920. Der Stadtrat.

Nichtamtlicher Teil.

Kartoffeln sind knapp und werden leider bald nicht mehr zu haben sein.

Gemüse steigen im Preise fortgesetzt.

Ich empfehle, noch aus meinen billigen Beständen zu kaufen und sich reichlich einzudecken in

Reis, Bohnen, Linsen, gelben, grünen u. halben Erbsen.

Für alle Küchenzwecke und vorzüglich zum Backen

f. Bohnenmehl und schneeweisses Tapiokamehl.

Von meinen bekannt guten **Salzbohnen,**

die mit wenig Kartoffeln ein sehr preiswertes Mittagessen ergeben, erhielt ich nochmals einen größeren Posten zu allem niedrigen Preise.

Kochfertige Suppen (verschiedene Sorten)

in nur schmackhafter und recht ergiebiger Ware empfiehlt

Wenzel Haase, Schandau, Zaukenstr. 130.

Empfehle für morgen Sonnabend:

feinsten Schellfisch sowie

Cabliou.

Emil Müller.

Dachpappe, Teer, Klebemasse, Holz-Zement, Teerbürsten, Teerpinsel

empfiehlt **Georg Wagner, Pirna.**

Telephon 2805.

Noch preiswerte **Schürzen** sind wieder vorrätig, sowie **schicke Blusen**

bei **Berta Berg, Schandau,**

An der Elbe 47 D II.)

Abwaschbare prima Dauerwäsche

mit Stoffeinlage empfiehlt

in allen Weiten **Gustav Schnabel, Schandau, Zaukenstr. 132.**



Lichtspiele
Schandau

Statt Sonntag:

Freitag, den 23. April, und Sonnabend, den 24. April:

1. **Naturaufnahme.**
2. **Morphium,**

Drama in 6 Akten.

Vorstellung 8 Uhr abends.

MARMELADE

konnte ich nochmals zu alten niedrig. Preisen größeren Posten kaufen und empfehle recht reichl. Eindeckung. **Wenzel Haase.**

Alt zinn, blei, kupfer, messing

kauft

Carl Cammerer, Klempnermeister.

Handelwissenschaftliche Vorlesungen.

Beginn Sonnabend, den 24. 4. 20, abends 8 Uhr im Saale des Hotel „Lindenhof“ in Schandau.

Habe mich in Wendischfähre im Hause Nr. 21 c als praktischer Arzt niedergelassen.

Dr. med. Winkler.

Sprechstunden: Tägl. vorm. 7—9, nachm. 2—3 Uhr, Mittwochs und Sonnabends vorm. 7—9, nachm. 6—7 Uhr.

[Fernsprecher: Schandau 159.]

Für Wiederverkäufer!

RAUCHTABAK,

garantiert reiner Mittelschnitt, aus besten Uebersee-Rohstabaken hergestellt, in 100 Gramm-Packung, verkleinert, haben laufend abzugeben

Hettig & Co., Dresden, Plauenscher Platz 1,

Tabak-Großhandlung, Telefon 10147.

Beeren - Binderinnen

sucht

Richard Peschke, Sebnitz.

Ausgabe jeden Mittwoch 7—11 Uhr vorm. im Gasthaus „Carola-Brücke“, Wendischfähre.

Trauerbriefe u. Trauerkarten fertigt schnell an d. Sächs. Elbz.

Zu verkaufen:

1 Chaiselongue, 1 Trumeau, 1 Kleiderschrank, 6 mal weiße Bettwäsche, 1 Tafeltuch, 12 Servietten, 6 Fenster Gardinen, 2 Fenster, 1 für Postiere, verschiedene andere Wäsche.

Srippen 76 E, II, Elbe.

Ein Paar **Militärstiefel**

Größe 28 — preiswert zu verkaufen.

Näheres in der Sächs. Elbz. Gebrauchter, gut erhaltener, größerer

Spartochherd

wird zu kaufen gesucht. Offerten erbeten u. „Rl. 93“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zeitungsausgabe nur bis 6 Uhr!

Vertriebsgenossenschaft der Ortsgruppe Schandau des Vereins der Beamten der Sächsischen Staatseisenbahnen eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Schandau.

Die Zahlung der Gewinn-Rückvergütung

in Höhe von M. 2.— auf 100 M. des Einkaufs erfolgt gegen Vorlegung der Einkaufsbücher ab

Montag, den 26. April 1920, im Hauptgeschäft.

Rudolf Kralapp,

Installationsgeschäft,

Bad Schandau — Forsthaus — Eingang: Einfahrt

(geöffnet von 8—6 Uhr)

empfiehlt sich zur sachgemäßen Ausführung von

elektrischen Licht- und Kraft-Anlagen zum Anschluß an das Elektrizitätswerk Schandau.

Klingel- und Telephon-Anlagen, sowie alle ins Fach einschlagenden Reparaturen werden schnellstens und gewissenhaft erledigt.

Reichliche Auswahl in Beleuchtungskörpern und sonstigen elektrischen Bedarfsartikeln.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit in so reichem Maße entgegengebrachten Ehrungen durch Glückwünsche und Geschenke sagen wir nochmals allen unseren

herzlichsten Dank.

Oskar Hohlfeld u. Frau Frieda geb. Schuster.

Altendorf, am 20. April 1920.



Sonntag, d. 25. 4., nachm. 3 Uhr

Versammlung

im Gasthof zum Tiefen Grund.

Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Der Gesamtvorstand.

Jugendverein Schandau

ladet zu dem am Sonntag, den 25. April, in Hegenbarths Sälen stattfindenden

Frühlings-Kränzchen

ergebenst ein.

Feine Musik.

Dekoration der Zeit entsprechend.

Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Kirchliche Nachrichten.

Parochie Schandau.

Am Sonntage Jubiläum, den 25. April, 1/9 Uhr Gottesdienst mit Predigt des Pfarrers Schletter-Reinhardtshof.

1/11 Uhr Kinder-Gottesdienst: derselbe. Jungfrauenverein: Aufnahmefeier für die Neukonfirmierten 1/8 Uhr abends im Saale des „Lindenhof“. (Gönner des Vereins und Angehörige der Vereinsmitglieder gleichfalls herzlich willkommen.)

Parochie Dichtshain.

Sonnabend, vorm. 10 Uhr 2. Wochenkommunion. Sonntag, vorm. 1/9 Uhr Beichte, 9 Uhr Predigt, 2 Uhr Unterredung mit der konfirmierten Jugend, 3 Uhr Jungfrauenverein.

Parochie Porsdorf.

Sonntag, vorm. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst, abends 8 Uhr Jünglingsverein.

Parochie Reinhardtshof.

Sonntag, vorm. 1/9 Uhr Lesegottesdienst in Reinhardtshof.

Parochie Königstein.

Sonntag, vorm. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst und Abendmahlsfeier: Pastor Seeliger. — Um 11 Uhr Kinder-Gottesdienst im Konf.-Saal. — Nachm. 4 Uhr Bibelstunde in der Schule zu Weißig. — Das Wochenamt hat Pfarrer Hoyer.

Montag, abends 1/8 Uhr Frauenabend. Mittwoch, den 28. April, abends 1/9 Uhr Christlicher Verein junger Männer und Jünglinge.

Katholische Kirche Königstein, Vielatalstraße.

Sonntag, den 25. April, vorm. 1/9 Uhr Hochamt und Predigt, vorher Beichtgelegenheit. Nachmittags 2 Uhr Andacht.